

Russlands patriotische Revolution

Seit Ausbruch der Krise in der Ukraine ist Putin in Russland so populär wie seit Jahren nicht mehr. Der Kreml braucht äussere Feindbilder, um sein korruptes System am Leben zu erhalten. Von Volker Pabst

Der Mai ist Russlands patriotischster Monat. Vom 1. Mai, der auch nach dem Ende des sowjetischen Arbeiter- und Bauernstaates immer mehr als bloss ein Feiertag der Werktätigen war, bis zum Siegestag am 9. des Monats schwelgt das Land in patriotischer Hochstimmung – angesichts der weltweiten Kritik an Russlands Rolle in der Ukraine gilt dies heuer mehr denn je. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion marschierten am Tag der Arbeit die Gewerkschaften wieder über den Roten Platz, wobei weniger arbeitskämpferische Parolen den Umzug prägten als Plakate mit Bekenntnissen zur Vaterlandsliebe. Die Paraden am Siegestag sind seit Putins Rückkehr in den Kreml ebenfalls immer aufwendiger geworden. Dieses Jahr schickte Putin, der sich als Präsident aller Russen versteht, zudem den Vizeministerpräsidenten an die Feierlichkeiten in das von der Moldau abtrünnige, prorussische Transnistrien. Nach Sewastopol, der symbolträchtigen Hafenstadt auf der heim ins Reich geholten Krim, reiste Putin persönlich.

Nationaler Schulterchluss

Auch vor zwei Jahren wurden in Moskau die Maifeiertage begangen. Die damalige Stimmungslage versinnbildlichten aber ganz andere Massenkundgebungen: die grossen Demonstrationen der Oppositionsbewegung des Winters 2011/12. Zehntausende, vielleicht sogar Hunderttausende von Unzufriedenen gingen damals gegen die Wahlfälschungen und den abgekarteten Ämtertausch zwischen Putin und seinem Statthalter Medwedew auf die Strasse. In Moskau, aber auch in anderen städtischen Zentren des Landes wehrte sich die wohlhabende, gut ausgebildete und auslanderfahrene Mittelschicht gegen die Arroganz der Macht und einen Rückfall in sowjetische Verhältnisse. Ein Geist des Aufbruchs wehte durchs Land. Die freche, dynamische, die Freiheiten des Internets nutzende Bewegung schien dem Kreml einen Schritt voraus zu sein, sie repräsentierte das neue Russland, dem, so hofften viele, die Zukunft gehört. Doch es kam bekanntlich anders.

Putin hat seither nicht nur die Oppositionsbewegung zum Verstummen gebracht, sondern es nun auch verstanden, die grosse Mehrheit der Bevölkerung wieder hinter sich zu bringen. War vor zwei Jahren die Kritik am Präsidenten die Klammer für eine disparate Protestbewegung, hält heute die patriotische Begeisterung die unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen zusammen. Der nationale Schulterchluss ist das Gebot der Stunde. Dissidente Stimmen gibt es weiterhin, doch sprechen sie nur noch für eine kleine Gruppe. Putin hat laut jüngsten Umfragen eine Zustimmungsrate von über 70 Prozent, die höchste seit dem Krieg gegen Georgien 2008. Natürlich beeinflussen der auf Hochtouren laufende staatliche Propagandaapparat und die Mär von der faschistischen Machtübernahme in Kiew die Meinungsbildung. Doch auch unabhängige Journalisten und andere freie Geister, die Putins nicht enden wollende Welle repressiver Massnahmen gegen Oppositionelle noch kritisierten, stellen sich heute hinter die Politik des Kremls in der Ukraine. Dies ist bemerkenswert, denn Putins Vorgehen gegen die Protestbewegung und seine gegenwärtigen geopolitischen Muskelspiele sind letztlich desselben Geistes Kind. Das berüchtigte Agentengesetz, das aus dem Ausland unterstützte Organisationen unter Generalverdacht stellt, aber auch die homophoben Kampagnen zur «Rettung

nationaler Werte vor westlicher Dekadenz» alimentierten die alte Legende der Bedrohung Russlands und der Russen, mit der nun auch die Ukraine-Politik des Kremls gerechtfertigt wird. Putins geläuterte Kritiker beklatschen die Früchte einer Politik, die ihrer Bewegung das Genick gebrochen hat.

Russlands Präsident profitiert von der weiteren Zuspitzung der Ereignisse in der Ukraine. In einer Zeit verhärteter Fronten, in der es nur noch Freund oder Feind gibt, wird Kritik am Kreml zum Landesverrat. Zudem ist die Annexion der Krim in Russland ausserordentlich populär, auch viele Putin-Kritiker heissen sie gut. Alexei Nawalny, das bekannteste Gesicht der Protestbewegung, prangert in seinem Blog immer noch die Korruption unter Putin an, zu dessen Ukraine-Politik äussert sich der national gesinnte Oppositionelle aber zurückhaltend. Die Kritik des sowjetnostalgischen Chefs der Kommunistischen Partei Sjuganow erschöpft sich in der Klage, dass immer noch keine russischen Panzer in der Ostukraine stehen. Selbst Michail Gorbatschew, zumindest in westlichen Augen die lebende Antithese eines Kremlherrn zu Putin, begrüsst die «Rückkehr» der Krim. Ob deren Annexion wirklich von langer Hand geplant war, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, wie einige behaupten, bleibt Spekulation. Dass Putin nach dem Umsturz in Kiew das ukrainische Machtvakuum geschickt zu nutzen verstand, steht aber ausser Frage.

Überlagerte Unzufriedenheit

Nationale Befindlichkeiten überlagern zurzeit die Unzufriedenheit mit dem System, verschwunden ist diese aber nicht. Zwar zieht laut einer mittlerweile legendär gewordenen Meinungsumfrage die Mehrheit der Russen das Leben in einem mächtigen Land demjenigen in einem wohlhabenden und freien vor. Dass dies auch für jenen Teil der Bevölkerung gilt, der durch Auslandserfahrung bereits die Vorzüge anderer Gesellschaftsordnungen kennengelernt hat, ist allerdings zu bezweifeln. Auch die städtische Mittelschicht wünscht sich ein starkes Russland, aber ebenso Transparenz, Mitsprache und Rechtssicherheit; wie nach dem Georgienkrieg werden diese Forderungen nach der gegenwärtigen Krise eines Tages wieder auftauchen. Zudem wollen auch die Russen Teil der globalisierten Welt sein und nicht nur, wie an einer Kundgebung jüngst gefordert, aus patriotischem Pflichtgefühl Ferienreisen auf die Krim und nach Sotschi unternehmen.

Putin braucht den äusseren Feind, um die Kritik zu unterdrücken und sein korruptes System am Leben zu erhalten. Er wird deshalb immer weiter aussenpolitische Krisen heraufbeschwören. Der jüngste Schwenk in Bezug auf die geplanten Referenden in der Ostukraine signalisiert genauso wenig einen Stimmungswandel im Kreml wie das Genfer Memorandum im April. Viel eher ist zu befürchten, dass das Vorgehen zur Destabilisierung der Ostukraine als Blueprint für andere Gebiete mit russischen Minderheiten wie die moldauische Region Transnistrien oder sogar das Baltikum dienen könnte. Der Westen muss sich den Raubzügen des Kremls deshalb mit Entschlossenheit entgegenstellen. Dabei sollten allerdings Putin und sein System als Feinde betrachtet werden, nicht die Russen und ihr Land, die ebenfalls nur Verlierer des gegenwärtigen Konfrontationskurses des Kremls sind. Denn auch für Russlands Patrioten muss es eine Alternative zu Putin geben.